

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Publizistikwissenschaft
Seminar: Neue Medien / Online-Kommunikation
Modul 4b: Grundlagen der Medien II
Leitung: Anna Schnauber M.A.
Wintersemester 2011/2012
Abgabedatum: 17.02.2012

E-Partizipation im sozialen Netzwerk
—
**Inwieweit nutzen Parteien „Facebook“ als politi-
sche Informationsplattform?**

Daniel Waldschik

BA-Studiengang:

Politikwissenschaft (KF): 5. FS

Publizistikwissenschaft (BF): 5. FS

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	1
2. Begriffsbestimmungen	2
3. Politische Partizipation als konstitutives Demokratiemerkmale.....	4
4. Empirische Untersuchung: Wie die Parteien „Facebook“ nutzen	6
4.1 Hauptannahmen und Fragestellungen	7
4.2 Auswahl und Vorgehensweise.....	8
4.3 Die verwendeten Profilarten	9
4.4 Die Facebook-Profile der Hessen- und Bundesparteien	10
5. Empirische Untersuchung: Ergebnisse	11
5.1 Die Ergebnisse der Hessenparteien	11
5.2 Die Ergebnisse der Bundesparteien	13
6. Schlussbetrachtung	15
Literaturverzeichnis	17
Anhang	21

1. Einleitung

„Zerbe [Pressesprecher Piratenpartei Wiesbaden, d. Verf.] ist überzeugt, dass viele Menschen nicht nur alle paar Jahre ihre Stimme bei Wahlen abgeben wollen und danach nichts mehr zu sagen hätten. Sie wollen mehr Bürgerbeteiligung – durch mehr Transparenz, durch das Internet.“¹

Nach Macintosh (2006) lässt sich „E-Partizipation“ als Einsatz und Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IuK) verstehen, anhand derer die politische Partizipation der Bürger erweitert und vertieft werden kann.² Eine Partei, die sich für mehr bürgerliche Teilhabe an politischen Prozessen einsetzt, ist die Piratenpartei. Ihr erklärtes Ziel ist es, „die [...] demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen zu steigern und die Partizipation jedes einzelnen Mitbürgers an der Demokratie zu fördern.“³ Dieses Ziel könne durch den Einsatz digitaler Medien erreicht werden, die es ermöglichen, „große Mengen an Informationen zu durchsuchen und jedem zugänglich zu machen. [...] Die digitale Revolution ermöglicht der Menschheit eine Weiterentwicklung der Demokratie, bei der [...] die Meinungsfreiheit sowie die Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes Einzelnen gestärkt werden können.“⁴ Eine der IuK, mit der sie in der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden für mehr Transparenz, Bürgernähe und Wahlbeteiligung (als fundamentalste Partizipationsform in einer Demokratie, s.u.) sorgen wollen, ist „Rathaus-TV“. Der Vorschlag wird u.a. damit begründet, dass man als Bürger den Parlamentssitzungen persönlich beiwohnen müsse, wolle man die Themen, Anträge und Diskussionen nicht („gefiltert“) aus den Medien erfahren. Die Sitzungsübertragungen im Internet (ob Bild oder Ton) stünden hingegen in voller Länge, im Original-Wortlaut und jederzeit abrufbar bereit.⁵ Nach vielen Diskussionen, u.a. in der Stadtpresse⁶, wurde Anfang Februar 2012 der Vorschlag schließlich abgelehnt.⁷

¹ Emnet, Birgit (25.10.2011): Piratenpartei in Wiesbaden. Auf Kaperkurs in die große Politik. Eine Analyse. In: Wiesbadener Kurier Online. URL: www.wiesbadener-kurier.de/region/wiesbaden/meldungen/11292762.htm [Abruf: 11.01.2011].

² Vgl. Macintosh, Ann (2006): eParticipation in Policy-making. The Research and the Challenges. In: Cunningham, Paul/Cunningham, Miriam (Hrsg.) (2006): Exploiting the Knowledge Economy. Issues. Applications. Case Studies. Amsterdam: IOS Press, S. 364-369.

³ Piratenpartei Deutschland (10.09.2006): Grundsatzprogramm der Piratenpartei Deutschland. Berlin, S. 5. URL: <http://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/0/04/Grundsatzprogramm-Piratenpartei.pdf> [Abruf: 17.01.2012].

⁴ Ebd., S. 5.

⁵ Rathausfraktion Linke&Piraten Wiesbaden (23.08.2011): Mehr Transparenz & barrierefreie Teilhabe an der kommunalen Demokratie durch Rathaus-TV. Antrag an den Magistrat Wiesbaden. URL: <http://lipi-wi.de/downloads/antraege/19/001-11-09-01-A-rathaus-TV-final.pdf> [Abruf: 18.01.2012].

⁶ Vgl. Knispel, Manfred (02.09.2011): Rathaus-TV findet nur wenig Gegenliebe. In: Wiesbadener Tagblatt Online. URL: www.wiesbadener-tagblatt.de/region/wiesbaden/meldungen/11118853.htm; Seipel-Rotter, Hendrik/Schlempp, Michael (17.10.2011): Sollten Debatten aus dem Wiesbadener Rathaus live übertragen werden? In: Wiesbadener Kurier Online. URL: www.wiesbadener-kurier.de/region/wiesbaden/meldungen/11262355.htm [alle Abruf: 18.01.2012].

⁷ Vgl. Buschlinger, Gaby (04.02.2012): Kein Rathaus-TV. In: Frankfurter Rundschau Online. URL: www.fr-online.de/wiesbaden/kein-rathaus-tv_1472860.11570702.html [Abruf: 05.02.2012].

Dadurch angeregt entstand die Idee im Rahmen einer Hausarbeit zu untersuchen, wie die Parteien der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung⁸ auf Beteiligungsformen im Internet setzen. Speziell wurde die Frage gestellt: „E-Partizipation im sozialen Netzwerk – Inwieweit nutzen Parteien ‚Facebook‘ als politische Informationsplattform?“

Um sich der Beantwortung der Forschungsfrage zu nähern, werden in Kapitel 2 zunächst zentrale Begrifflichkeiten definiert, wie u.a. der Demokratiebegriff. Ebenso soll dort die Verwendung des Begriffs „Informationen“ (als zentraler Begriff innerhalb der Forschungsfrage) inhaltlich eingeschränkt werden. Ziel dessen ist es, die von den Parteien bereitgestellten Einträge, die für die Untersuchung relevant sind, von den unerheblichen abzugrenzen.

Die theoretische Basis der Untersuchung folgt in Kapitel 3, wobei zunächst das in der Demokratietheorie fundamentale Kriterium der „politischen Partizipation“ erläutert wird. Anschließend wird die sogenannte „E-Partizipation“ thematisiert, also die Möglichkeit zur politischen Teilhabe über das Internet. In diesem Kontext erfolgt also auch die begriffliche Bestimmung dessen, was unter „politischer Partizipation“ zu verstehen ist – dem der in der Forschungsfrage konkret formulierte Begriff „politische Information“ untergeordnet werden kann.

Kapitel 4 widmet sich schließlich der empirischen Untersuchung. In einem ersten Schritt werden die zugrundeliegenden Fragestellungen und Annahmen vorgestellt, ebenso die Auswahl des Untersuchungsgegenstandes und die Vorgehensweise. Im Anschluss daran werden die unterschiedlichen Profilarten, die man auf Facebook (FB) nutzen kann, kurz erwähnt. Nach dem Blick auf die Profilbeschreibungen der Parteien folgt in Kapitel 5 schließlich die Präsentation der Untersuchungsergebnisse.

In der Schlussbetrachtung sollen die gewonnenen Erkenntnisse schließlich noch einmal zusammengetragen und bewertet werden.

⁸ CDU, SPD, Grüne, FDP, Linke, BLW, Republikaner, Piraten sowie Freie Wähler. Vgl. Stadt Wiesbaden (2012): Rathaus. Stadtpolitik. Stadtverordnetenversammlung. URL: www.wiesbaden.de/rathaus/stadtpolitik/index.php [Abruf: 05.01. 2012].